



RUNDBRIEF der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit – Mai 2013

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Straße 4

D - 10405 BERLIN

info@wilpf.de

www.wilpf.de



Bild zum Flyer der Friedenspolitischen Tagung **Interesse Macht Rüstung. Waffenexporte in Konfliktregionen** der Petra-Kelly-Stiftung, der Ev. Stadtakademie, der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, dem Regionalforum Südbayern ZFD und der AG Friedenspädagogik.

Neuburg, 29.5.2013

Liebe IFFF-Frauen und –FreundInnen,

dank den Brigitten und anderen Münchnerinnen, die uns auf der Jahresversammlung Anfang März gut versorgten. Gleich zu Beginn gab es eine schlechte Nachricht: Nina kündigte ihren Rückzug aus der Geschäftsführung an, die gute Nachricht kam gleich hinterher: Sie will weiterhin als Mitglied für uns politisch arbeiten. Danke Nina, für die konstruktive und kompetente Mitarbeit als Geschäftsführerin, für deine Begeisterungsfähigkeit und dein wachsames Auge – vor allem im Bereich der Menschenrechte. Danke für deinen Einsatz, der dein bezahltes Stundenkontingent meist überstieg.

Eine Nachfolgerin kann ich euch noch nicht präsentieren, da die Bewerbungsgespräche erst im nächsten Monat stattfinden. Auf unsere Ausschreibung haben sich knapp zwanzig meist hoch qualifizierte Frauen beworben!

Das Ergebnis der Wahlen

Vorsitzende: Irmgard Hofer, Stellvertretende Vorsitzende: Helga Kröger, Schatzmeisterin: Anne Ley-Schalles, IB-Mitglied: Heidi Meinzolt, Stellvertretendes IB-Mitglied: Nina Althoff, Plattform ZKB: Heidi Meinzolt, Forum Menschenrechte: Nina Althoff, AG Frauen: Eleonore Broitzmann und Nina Althoff, KOK: Eleonore Broitzmann und Helga Kröger, Kooperation Frieden: Irmgard Hofer.

Informationen zum Internationalen WILPF-Treffen in Madrid könnt ihr im Rundbrief nachlesen. Wir arbeiteten an der Konkretisierung des geplanten Festakts mit daran anschließendem Symposium, der zum 100. Geburtstag der deutschen Sektion in München stattfinden soll. Mit einem Rückblick zur schon zur Tradition gewordenen Tagung gegen die Sicherheitskonferenz stiegen wir in die Abrüstungsdiskussion ein, den aktuellen Stand gebe ich in den folgenden Abschnitten unter Einbeziehung aktueller Details wieder.

Auf der Seite www.petrakellystiftung.de könnt ihr unter Themenrückblick auf „19. 1.“ oder „Interesse Macht Rüstung“ klicken und die interessante Podiumsdiskussion zum Thema Rüstungsexporte nachhören. Prof. Dr. C. Masala von der Bundeswehruniversität München legt dar, wo er sich Rüstungsexporte zur Unterstützung von „Sicherheit“ und der einschlägigen Industrie vorstellen kann. Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Zentrums für Transatlantische Sicherheit BITS) belegt, warum er Rüstungsexporte für kontraproduktiv hält. Dort könnt ihr auch den Vortrag von Simone Wisotzki (Hessischen Friedensstiftung) zum Waffenhandel-Kontrollvertrag (ATT) herunterladen, den sie sogar aktualisierte.



Anlässlich der Verhandlungen zu diesem Vertrag in New York forderte WILPF einen Passus vorzusehen, der Waffenexporte verbietet, die zu geschlechtsspezifischer Gewalt führen könnten. Auf einen diesbezüglichen Brief an Merkel und Westerwelle (siehe auf unserer Webseite unter



http://www.wilpf.de/cms/upload/WILPF_zu_ATT.pdf) bekräftigte zwar das Auswärtige Amt die Bereitschaft, auf den Abschluss des ATT zu drängen, ging aber auf unsere speziellen Forderungen nicht ein. Nach siebenjährigen (!) Verhandlungen wurde der Waffenhandelskontrollvertrag mit 154 Ja – Stimmen, 3 Nein-

Stimmen und 23 Enthaltungen verabschiedet. Und wir waren erfolgreich: Der ATT enthält nun den Satz, dass es illegal sei, Waffen zu exportieren, wenn es das Risiko gibt, dass diese zur geschlechtsbasierten Gewalt wie Vergewaltigung benützt werden und ist damit der erste verpflichtende Gesetzestext, der den Zusammenhang zwischen geschlechtsbasierter Gewalt und dem internationalen Waffenhandel anerkennt. Er muss allerdings noch von ausreichend Staaten ratifiziert werden und dann - woher kennen wir das nur? – am Thema dranbleiben und immer wieder die Umsetzung einfordern...

Auf eine Anfrage der Linken gab die Bundesregierung zu, dass sich der Wert der Genehmigungen für den Export von Kleinwaffen und deren Bestandteile von 37,90 Mio. € (2011) auf 76,15 Mio. € (2012) innerhalb eines Jahres verdoppelt hat, den höchsten Wert seit Bestehen der Rüstungsexportberichte. Auch die Munitionsexporte stiegen massiv. Da kann ich nur Jürgen Grässlin zustimmen, der soeben sein neues Buch „Schwarzbuch Waffenhandel“ herausgebracht hat. „Allein durch den Einsatz von Waffen von Heckler & Koch (H&K) sterben Tag für Tag durchschnittlich 114 Menschen ... In diesem Sinne stellen die massiv gesteigerten Kleinwaffen-Exportgenehmigungen der Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Merkel und Bundeswirtschaftsminister Rösler verstärkt Beihilfe zum Massenmorden mit deutschen Kleinwaffen dar“. Mit der Aktion „Aufschrei“ fordern wir weiterhin ein völliges Verbot von Kleinwaffen- und Munitionsexporten sowie Lizenzvergaben, die die sowie nicht kontrollierte „angebliche“ Kontrolle des Endverbleibs vollkommen lächerlich machen.

Wir haben den Appell „Keine Kampfdrohnen“ (www.drohnen-kampagne.de) unterschrieben. Unter „Weiterlesen“ – „Fakten-Check“ werden auf dieser Website die Aussagen von Drohnenbefürwortern auf ihren Wahrheitsgehalt untersucht, z.B. Drohnen diese seien militärisch effektiv und präzise und schon gar nicht „ethisch neutral“ (Äußerung de Maziere im September 2012 zur Frankfurter Rundschau.) Und kostengünstig sind sie auch nicht – das hat sich spätestens herumgesprochen, als bekannt wurde, dass für die unbewaffnete Aufklärungsdrohne Euro Hawk 688 Millionen Euro ausgegeben worden sein sollen, obwohl diese wegen fehlenden Kollisionsschutzes in Europa nicht fliegen darf.

Barbara Lochbihler hat uns über ihre Kampagne FRIEDEN 2.0 informiert, die sie gemeinsam mit dem netzpolitischen Sprecher der grünen Bundestagsfraktion Konstantin von Notz initiiert hat. Das Projekt soll auf den florierenden und völlig unregulierten Export deutscher Überwachungstechnologie, teilweise auch an autoritäre Staaten hinweisen. Immer wieder spüren Geheimdienste in Ländern wie Iran, Syrien oder Bahrain politische Gegnerinnen und Gegner mithilfe von Überwachungstechnologien auf. Unbemerkt zeichnen die kleinen Programme Telefongespräche auf, lesen Chatprotokolle und SMS mit, orten Anrufe, kopieren Passwörter und erkennen sogar das Zusammenreffen mehrerer Zielpersonen. Demonstrationen können so zielgerichtet aufgelöst und Oppositionelle festgenommen werden. Nicht selten kommt es in der Folge zu Folter, unfairen Gerichtsverfahren oder Verschwindenlassen. Ihr findet die Kampagne unter www.frieden2punkt0.de.





Vor allem die Frauen, die einen Dauerauftrag eingerichtet haben, möchte ich noch einmal daran erinnern, dass wir die Bank gewechselt haben: GLS Bank, Konto-Inhalberin IFFF/WILPF, Konto Nr. 1142598700, Bankleitzahl 430 609 67LZ/.

Liebe Grüße
Irmgard (Hofer)

WILPF/IFFF c/o Irmgard Hofer, St. Michaelsweg 2a, 86476 Neuburg, Tel.: 08283 - 92927
Bankverbindung: GLS-Bank, Konto Nr. 1142598700, Bankleitzahl 430 609 67LZ/
- Spenden sind steuerlich abzugsfähig -
E-Mail: hofer@wilpf.de Webseite: www.wilpf.de

Unsere neue stellvertretende Vorsitzende stellt sich vor: Helga Kröger

Nun wurde ich gewählt: auf der Jahresversammlung 2013 in München zur stellvertretenden Vorsitzenden der deutschen WILPF Sektion. Zur WILPF kam ich 2008 über das Internet – und zwar wurde ich beauftragt, die Website neu zu erstellen. Ich fühlte mich schnell angezogen und „irgendwie“ berufen, diese Organisation zu unterstützen, so dass ich ein Jahr später auch Mitglied wurde. „Irgendwie“ deshalb, weil ich nicht die klassische Friedensaktivistin bin und sowieso lieber im Hintergrund, in der zweiten Reihe agiere, berufen deshalb, weil mich die Themen berühren, weil Frieden Voraussetzung für Freiheit und Freiheit Voraussetzung für Frieden ist und ich seit jeher für die Freiheit insbesondere von Frauen eintrete und nie verstehen werde, worin sich die Unterschiede, die Unterdrückung von Frauen in welcher Form und in welchem Umfeld auch immer, begründen.



Ende 1959 in NRW geboren siedelte ich 1986 um nach Berlin. Ausgebildet als Kommunikationswissenschaftlerin und Soziologin arbeite ich nunmehr seit 10 Jahren selbstständig und zwar überwiegend für Organisationen und Personen, die sich gegen Häusliche Gewalt und Menschenhandel und für Menschenrechte einsetzen*. Ich bin nicht verheiratet, nicht gebunden, aber sehr verbunden mit engeren und entfernteren Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern...

Über die WILPF habe ich u.a. die Resolution 1325 kennengelernt und bei allem Für und Wider der aktuellen Fassung, freue ich mich sehr darüber, dass es in unserem Land nun einen Nationalen Aktionsplan gibt, der neue Wege möglich macht. Positives Beispiel für einen nachhaltigen NAP dürfte der Bereich Häusliche Gewalt sein, bei dem durch zwei aufeinanderfolgende NAPs inzwischen ein breites Netz an Unterstützungseinrichtungen entstanden ist, Gesetzesänderungen hervorgebracht wurden und die Organisationen Unterstützung für ihre Vernetzung erfahren.

Damit ist die Gewalt nicht vom Tisch, die Organisationen haben immer wieder um ihre Existenz zu kämpfen u.v.m. und doch ist der NAP ein wichtiges Instrument, die Regierungsverantwortlichen in die Pflicht nehmen zu können – kurz: ich werde - so, wie es meine Zeit erlaubt - bei diesem spannenden Thema am Ball bleiben und hier vor Ort in Berlin die WILPF auch zu anderen Themen hoffentlich gut vertreten können.

Vielen Dank für das Vertrauen, herzliche Grüße,
Helga Kröger

*Weitere Informationen über mich auf meiner Website www.helga-kroeger.de – inhaltlich aktuell, ansonsten: etwas in die Jahre gekommen, lässt sie geduldig den Organisationen den Vortritt...



Nina Althoff, althoff@wilpf.de, Geschäftsstelle der IFFF/ Deutsche Sektion:

Liebe Ligafrauen,

vor genau fünf Jahren - im Juni 2008 - habe ich mich euch in einem IFFF-Rundbrief als neue Geschäftsführerin vorgestellt. Nun möchte ich mich als solche von Euch verabschieden. Das wird aber kein Abschied von WILPF/IFFF grundsätzlich sein, da ich weiterhin als aktives Ligamitglied die Arbeit und Anliegen der IFFF unterstützen möchte. Damals schrieb ich in meiner Vorstellung:

„Ich bewundere die WILPF-Frauen, die sich heute und

damals trotz größter Hindernisse und unter teils schwersten Bedingungen zusammen geschlossen haben, um gemeinsam für Frieden und Freiheit zu kämpfen.“ Heute würde ich wahrscheinlich nicht mehr „kämpfen“ schreiben, aber diese Bewunderung ist geblieben und ich bin glücklich, dass ich durch die Zusammenarbeit mit WILPF-Frauen in Deutschland und auf internationalen WILPF-Treffen in Indien, der Schweiz oder zuletzt in Spanien (siehe Foto oben) Teil davon werden durfte. Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit, die tollen Anregungen und Ideen und die spannenden Jahre mit Euch!



Mehr Fotos/Videos zum WILPF IB Meeting in Madrid im Februar 2013 unter folgendem Link: <http://www.wilpf.de/aktuelles/veranstaltungen/wilpf-ib-meeting-2013-in-madrid.html>

Auch weiterhin stehen uns große und kleine Herausforderungen, aber auch Feierlichkeiten bevor: 2015 feiert WILPF hundertsten Geburtstag!! Um die Vorbereitungen dieses Jubiläums ging es unter anderem auch in dem WILPF IB Meeting in Madrid im Februar. Das WILPF Jubiläum soll unter dem Slogan „WOMENS POWER TO STOP WAR!“ begangen werden. Neben einem WILPF Treffen vom 22. bis 25. April 2015 im Peace Palace in Den Haag wird es eine internationale Konferenz vom 26 bis 29. April 2015 in dem World Forum Den Haag geben. Am besten ihr merkt euch diese Termine schon vor! Weitere Informationen folgen unter: <http://www.womenstopwar.org>



COMING SOON

Neben vielen weiteren Themen, wie Gendering den Waffenhandelskontrollvertrag (siehe hierzu oben Irmgard Hofer), ging es in Madrid vor allem auch um die Austeritätspolitik und deren Auswirkungen für Frauen weltweit. Ein Schwerpunktseminar behandelte in diesem Zusammenhang „The Europe we want – the world we want“, was auch der Slogan bei unserem Flashmob in der Madrider Innenstadt war, wo wir mit Castanietten erfolgreich auf uns aufmerksam machen konnten. In dem Regionalen WILPF Europe Treffen am Rande der Madrider Versammlung haben wir eine



Erklärung zu „The effects of the financial and economic crisis on women in Europe“ abgestimmt, die im Anhang vollständig nachzulesen und sonst unter folgendem Link zu finden ist:

<http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/the-effects-of-the-financial-and-economic-crisis-on-women-in-europe.html>

Um dieses Thema geht es letztlich auch bei der Kampagne: **Europa geht anders**. Verhindern wir die 'Troika für Alle' - Nein zum Wettbewerbspakt, www.europa-geht-anders.eu, siehe rechts im Kasten. Siehe außerdem die Zweite Etappe der feministischen Solidaritätskampagne für das Recht auf Gesundheit „**Wenn alle Frauen der Welt...**“ in der deutschen Übersetzung vom Ligamitglied Heidi Meinzolt unten in der Anlage 2.

Für eine effektive Umsetzung der UN-Resolution 1325 „Frauen Frieden Sicherheit“ hat WILPF sich im UPR-Überprüfungsverfahren zu Deutschland stark gemacht. Deutschland wurde am 25. April 2013 zum zweiten Mal vom UN-Menschenrechtsrat im Rahmen des UPR-Verfahrens (Universal Periodic Review, Deutsch "Universelles Periodisches Überprüfungsverfahren") auf seine Menschenrechtssituation hin überprüft. Nichtregierungsorganisationen waren dazu aufgerufen, zu diesem Verfahren eigene Berichte einzureichen. Der Bericht des Forum Menschenrechte, der Dachorganisation von 50 Menschenrechtsorganisationen, der WILPF angehört, ist hier abrufbar als [PDF](#). Die von WILPF zusätzlich zum Thema Frauen Frieden Sicherheit formulierten Forderungen, die an Deutschland gerichtet werden sollten, sind hier abrufbar als [PDF](#) (Englisch): <http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/wilpf-zum-upr-deutschlands.html>

Unterstützungsaufruf: Europa geht anders. Verhindern wir die 'Troika für Alle' - Nein zum Wettbewerbspakt. www.europa-geht-anders.eu
Der Countdown läuft. Der Europäische Rat plant Ende Juni 2013 einen Beschluss über einen Pakt für „Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“. Damit soll die Krisenpolitik der Europäischen Union in Griechenland, Spanien oder Portugal auf ganz Europa ausgedehnt werden. Die Politik der Europäischen Union ist erfolglos, sie führt zu Massenarbeitslosigkeit und steigenden Schulden. Statt das neoliberale Rezept zu ändern, wird die Dosis erhöht. Der sogenannte „Wettbewerbspakt“ ist nichts anderes als ein Pakt für Lohndumping, Sozialabbau und Privatisierung. Troika für Alle. Alle Mitgliedsstaaten sollen verpflichtet werden, „Strukturen“ umzusetzen. Die desaströse Kürzungspolitik, wie sie in Griechenland, Spanien oder Portugal verordnet wurde, zeigt, was unter „Strukturen“ zu verstehen ist: Einschränkung sozialer Leistungen wie Pensionskürzungen, Zerschlagung der Branchenkollektivverträge und Privatisierung von Wasser, Bildung, Energieversorgung. Europa geht anders.“

Anlässlich der Überprüfung Deutschlands vor dem UN-Menschenrechtsrat forderte WILPF eine Stärkung und einen Ausbau des Nationalen Aktionsplans (NAP) zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 zum Thema "Frauen, Frieden, Sicherheit". WILPF begrüßte noch einmal ausdrücklich die Verabschiedung des NAP Ende letzten Jahres. Gemeinsam mit dem Frauensicherheitsrat fordert WILPF, dass Prävention bei der Umsetzung der Resolution 1325 und ihrer Folgeresolutionen deutlich ausgebaut wird. Dem NAP muss der Begriff der menschlichen Sicherheit zu Grunde gelegt werden. Konfliktprävention, Konfliktaufarbeitung, auch durch Strafverfolgung, der zivile Schutz von Menschen- und Frauenrechten und soziale Rechte sollen Schwerpunkt Deutschlands in seiner Arbeit mit dem NAP 1325 sein. Notwendig dafür sind eine angemessene Budgetierung und ein effektives Monitoring unter aktiver Einbeziehung der Zivilgesellschaft. WILPF fordert außerdem die Einrichtung einer Task Force zur Umsetzung des NAP 1325. Ein Bericht von WILPF International zum UPR-Verfahren mit links zu den endgültigen Empfehlungen an Deutschland ist hier abrufbar: <http://www.wilpfinternational.org/racism-and-gender-inequality-in-germany/> Deutschland wurde vor allem für die Defizite in der Rassismusbekämpfung gerügt und zur lückenlosen Aufklärung der NSU Mordserie aufgefordert. Zuvor hatte der Anti-Rassismus-Ausschuss bereits Deutschland wegen der Einstellung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens wegen Volksverhetzung und Beleidigung gegen Thilo Sarrazin gerügt (mehr unter: <http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/deutschland-muss-un-empfehlungen-zum-besseren-schutz-vor-rassismus-umsetzen.html>).

Für die oben genannten Punkte wird sich WILPF auch während der bevorstehenden Bundestagswahlkämpfe einsetzen und hierzu insbesondere den Forderungskatalog vom Forum Menschenrechte zur Bundestagswahl 2013 nutzen. Der Forderungskatalog kann hier abgerufen werden: <http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/forderungskatalog-forum-menschenrechte.html>. Die



Friedenspolitischen Forderungen der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung zur Bundestagswahl 2013 sind hier abrufbar: <http://www.konfliktbearbeitung.net/node/6262>. Es gibt bis zu den Wahlen viel zu tun.

Bis bald, Eure Nina (althoff@wilpf.de)

Weltsozialforum in Tunis vom 26. bis 30.3.2013 **Bericht von Heidi Meinzolt, WILPF Europa Koordinatorin**

Der Bericht ist auf English hier zu finden:

<http://www.wilpfinternational.org/postcard-from-the-world-social-forum-in-tunis/>

Das Weltsozialforum www.fsm2013.org, unter dem alles überstrahlenden Motto "Dignity – Würde" ist eine Riesenküche für eine Welt in Veränderung. In einer weitgehend friedlichen, freundlichen, offenen Atmosphäre stellten Köche aus aller Welt ihre Rezepte vor, die ganze Bandbreite ihrer Gewürze und Zutaten und öffneten Räume.

Dieses erste WSF in einem arabischen Land war ein würdiger Treffpunkt für kreative Ideen, revolutionäre Traditionen und Netzwerkarbeit existierender (lokaler, regionaler) Gruppen und (globaler) Bündnisse. Viele waren auf der Suche nach neuen Partnern für Gedankenaustausch, Kampagnen, Information auf der Suche nach Lösungen, Verstärkung und Solidarität – mit den Verwundbarsten, Ausgeschlossenen, Unterdrückten. Alte Globetrotter, Polittouristen, aufgeschlossene junge Leute teilten ihren Enthusiasmus mit "Experten" and überwandten so mühelos alle organisatorischen Probleme.



Einige Plenardebatten füllten große Säle, Hunderte von weitgehend selbst organisierten Diskussionsgruppen trafen sich in kleinen und größeren Unterrichtsräumen auf dem weiträumigen Universitätscampus vor den Toren Tunis. Wem dies nicht genug war, organisierte sich in Sitzgruppen in frühlingshaften Gärten, in Zelten, demonstrierte (oft spontan) seine Überzeugungen und leisen und lautstarken Proteste - gegen Ungerechtigkeiten, Unterdrückung, Besatzung, Krieg, die Ermordung des tunesischen Oppositionspolitikers, gegen politische Gefangene, militärisch abgeriegelte Flüchtlingscamps in der Sahara und den Tod von tausenden Flüchtlingen im Mittelmeer, denen die Festung Europa und ihre "Grenzschutzagentur" Frontex den Weg versperrt hatte.

Unzählige Freiwillige halfen bei allen logistischen Problemen. Musik, Tanz, Ausstellungen, Essensstände waren Kommunikationsorte – insgesamt wirklich inspirierend, bereichernd und bestärkend, dass die Alternativen gedacht und gemacht werden – Eine andere Welt ist möglich!!

Beeindruckend war die Sichtbarkeit und Präsenz der Tunesier, der Menschen aus Nahost und der gesamten arabischen Welt. Sicherlich bildeten sie mehr als 1/3 der 30000-50000 Forumsteilnehmer. Der Fokus auf dem "Arabischen Frühling" brachten den Geist eines neuen Anfangs, einer



Hoffnung auf Öffnung durch internationale Kontakte und Austausch. Gleichzeitig waren jedoch Frustration und Ungeduld bezüglich der Stagnation der revolutionären Dynamik für eine demokratische Zukunft und Arbeitsplätze zu spüren. Die große berechtigte Angst gerade auch vieler Frauen, die in der Revolution aktiv mitstritten, ist, nun wieder an den Rand gedrängt zu werden, der gewonnen geglaubten Rechte und Freiheiten beraubt zu werden und so Gleichberechtigung und Autonomie zu verlieren, bevor sie sie richtig gewonnen haben. Die Angst geht weit über die Debatte: verschleiert oder nicht hinaus, aber der laizistische Grundgeist ist präsent auf jeden Fall gegenüber der Totalverschleierung, die breit und vielstimmig abgelehnt wird. Die vielen anwesenden Frauen/Frauenbewegungen nutzten die große Medienaufmerksamkeit (insbesondere arabischer Medien), um der Welt zu sagen, was sie brauchen, fordern und dass sie mit aller Macht Widerstand leisten werden gegen ein Rollback.

Das Programm bot hunderte von Workshops, Foren und Seminaren, die alle irgendwie für WILPF relevant sind – daher war die Auswahl echt schwer:

- Wirtschaft neu denken, Wirtschaftskrise + nachhaltige Entwicklung, Antikapitalismus, Schuldenpolitik, Mobilisierung gegen Großkonzerne und Globalplayer, Anti-Wachstum, Agenda jenseits der Millennium-Entwicklungsziele
- Demokratieaufbau – mit speziellem Fokus auf konstitutionelle Prozesse in der MENA-Region, Zivilgesellschaft und soziale Gerechtigkeit
- Frauen und die Austeritätspolitik, gegen Kapitalismus und Patriarchat, Frauenrechte, Frauen in der arabischen Welt
- Recht auf Nahrung, Landgrabbing, Handelsverträge, ländliche Entwicklung, "gutes Leben"
- Anti-Kriegspolitik, Abrüstung, Drohnen, Anti-NATO, zivile Konfliktlösung
- Migration und Flucht, politische Gefangene, Frontex
- Klima
- Laizismus

Was fehlte: Nirgends wurde die Res.1325 erwähnt, keine Bezüge zu den Vereinten Nationen in Bezug z.B. zu Menschlicher Sicherheit, Menschenrechten. Uns fehlte Konfliktprävention und Konfliktnachsorge sowie die Verbindung zwischen wirtschaftlicher/ sozialer Gerechtigkeit und Krieg ("du zahlst was du kriegst"). Wir fanden keine Verbindung zu dem WILPF-MENA-Projekt und konnten trotz intensiver Suche keine Vertreterin davon ausfindig machen.

Empfehlung: Wir, das waren **5 Ligafrauen** (Annalisa Milani/Italien, Ingela Martensson/Schweden, Robin Lloyd/US, Marlène Tuininga/Frankreich, Marta Benavides/ex-WILPF-EI Salvador, Heidi Meinzolt), die sich mehr zufällig in Tunis auf individuelle Veranlassung hin trafen – während z.B. die Frauen vom "World March of Women" in vielen Debatten und auf der Eingangsdemo sehr präsent waren und viele junge Frauen in ihren Bann zogen. Eine deutliche gut koordinierte WILPF-Stimme hätte da gut getan! In einem spontan organisierten Treffen beschlossen wir deshalb, WILPFer individuell, sektionsweit, aus den verschiedenen Weltregionen, vom Vorstand und dem Büro aufzufordern, zukünftig aktiv an dieser Art von Veranstaltung teilzunehmen und auf der Grundlage unserer "Power gegen den Krieg" strategisch und persönlich in die Weltsozialforumsbewegung sich einzuklinken. Das nächste WSF ist wohl wieder 2015 in Porto Alegre/Brasilien – aber da sind ja auch die regionalen Foren (wie kürzlich das ESF in Florenz).

Einige persönliche Eindrücke aus meiner Auswahl:

Die Frauenversammlung war eine eindrucksvolle Manifestation von internationaler Frauensolidarität. Sie fand bereits am Tag vor der offiziellen Eröffnung statt. Ihr folgten zahlreiche Diskussionen in Grassroot-Workshops und Expertinnenseminaren, wo Schwierigkeiten beklagt und Lösungen, bzw. Solidarität gesucht wurden. Frauen und Frauengruppen insgesamt waren durch ihre Farbenfreudigkeit und Lust an den Debatten sehr sichtbar und präsent – auch und gerade in der Eröffnungsdemo durch Tunis.



Die tunesischen Frauen hatten eine großartige Eröffnungsshow vorbereitet mit Schwerpunkten auf der Situation in Tunesien (bzw. Ägypten und dem Maghreb) und in Palästina. Während sie an einem Strang zogen während der Revolution, tun sie sich nun schwer, einige der neuen Rechte und Freiheiten in die Zukunft zu retten. Aber sie spüren die (eigene) Frustration steigen, alles dauert, bzw. läuft rückwärts, die Feminisierung der Armut ist ein deutliches Signal in der wirtschaftlichen Krise, gewalttätige Übergriffe gegen Frauen nehmen zu. Die arabischen Frauen fordern Gleichberechtigung im Alltag (wozu es die patriarchale Mentalität zu ändern gilt!), den Zugang zu universellen Menschenrechten, die sie vor allem auch in einem Verfassungsprozess und in einer zukünftigen Verfassung verankert sehen wollen. Prominente Rednerinnen waren z.B. Ahlem Belhaj, die Präsidentin der demokratischen Frauen Tunesiens; sie lancierte einen eindringlichen Appell an internationale Solidarität zur Unterstützung der Errungenschaften des "arabischen Frühlings" für die Frauen aber auch im Kampf gegen Strukturprogramme des Weltwährungsfonds und der Weltbank zu einer weiteren Enteignung der Frauen beitragen.

Alle Frauen kreisten um dasselbe Thema mit unterschiedlichen Schwerpunkten: die Palästinenserin in einem Aufruf insbesondere auch an die arabische Solidarität zur Beendigung der Besatzungspolitik Israels, die Senegalesin über die Diskriminierung von Frauen im Alltag aber auch in den Institutionen, über mangelnden Zugang zu Ressourcen und geringe Partizipation. Frauen aus Syrien, Algerien, Ägypten, Polen, Brasilien, Spanien komplettierten den kollektiven Aufschrei, gaben gleichzeitig ein eindrucksvolles Bild ihrer Kraft, ihres Humors, ihrer gerechten Hoffnungen und aktiven Bürgerbeteiligung.

2. Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit – Frauen und Schulden – ein Forum, das von der "Altersummit"-Bewegung www.altersummit.eu initiiert wurde. Das Manifest und der Aufruf im Internet sind sehr gut! Der Fokus lag auf den europäischen PIGS: Portugal, Italien, Griechenland und Spanien) – siehe auch meinen Bericht von Florenz - im Vergleich mit Ländern im Süden, die schon wesentlich länger mit den dramatischen Folgen der Austeritätspolitik zu kämpfen haben, die der gleich Logik unterliegen und dem selben Götzen des Kapitals dienen. Altersummit ruft zu einem Treffen in Athen am 7./8.Juni auf.

3. Jenseits des Wachstums – ein Forum, das schwerpunktmäßig von Italien und Frankreich gestaltet wurde im Nachklang zum internationalen Anti-Wachstumsgipfel in Venedig im letzten Herbst www.venezia2012.it. Der nächste internationale Treffpunkt ist im Sommer 2014 in Leipzig – mitorganisiert von der Heinrich-Böll-Stiftung. Es geht um einen Paradigmenwechsel hin zu einer Wirtschaft ohne Wachstumsdiktat für eine Welt in der Waren weniger zählen als menschliche Beziehungen. Anti-Wachstum ist ein ganzheitliches Konzept, das von der Endlichkeit der zur Verfügung stehenden Ressourcen ausgeht. Startpunkt ist ein verändertes Verbraucher-Bewußtsein und -Verhalten. Die Garantie von Grundbedürfnissen durch die öffentliche Hand im Sinne einer Gemeinwohlökonomie ist entscheidend hin zu einer Veränderung von Produktionsstrukturen und Handel im Sinne der Nachhaltigkeit. Es schmälert die Macht der multinationalen Unternehmen, ist auf Dezentralität und Eigeninitiative aufgebaut. Natürlich müssen die Ideen in ganz anderer Weise noch in die Wirtschaftsforschung an Lehrstühlen und in politische Think Tanks eingefüttert werden, um systemverändernde Dynamiken auch direkt zu entwickeln.

4. Die Milleniumskampagne

Sie läuft 2015 aus und der prognostizierten Abbau von Armut, Defiziten in der Gesundheitsversorgung, Beschulung – siehe die 8 Ziele – wird absehbar nicht erreicht werden, vielmehr droht in einigen Bereichen eine Verschlechterung. Z.Z. sind 50 UN-Mitgliedsstaaten aufgerufen zu einem Evaluationsprozess. Diese Kampagne kann von der Zivilgesellschaft genutzt werden, Aufmerksamkeit auf die Defizite und Verursacher der Probleme zu lenken und Vorschläge für eine Post-2015-Agenda entwickeln. Marta Benavides, die Vorsitzende von GCAP stellte eine mögliche zentrale Öffentlichkeitskampagne aus ihrem Land El Salvador in überzeugender Weise dar. **Infos unter** www.worldwewant2015.org or www.whiteband.org



5. Friedensbewegung - Helsinki Citizen assembly – Sarajevo 2014

Klein war das Grüppchen der Friedensbewegten, die beklagten, dass das Sozialforum traditionelle Friedenspolitik nicht ernst genug genommen habe im Sinne einer Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit. Ich hielt dagegen, dass Frieden in einem ganzheitlichen Sinne sehr wohl präsent war. Ein Vorschlag der Gruppe, an der auch Ialana z.B. maßgeblich beteiligt ist, ist jedoch erwähnenswert: ein explizites Friedens-(Welt-Sozial-) Forum in Sarajevo vom 6.-9.Juni 2014 zu organisieren. Es handelt sich dabei um ein symbolträchtiges Datum, den hundertsten Jahrestags des Beginns des 1. Weltkrieges und schlägt einen Bogen zu den Kriegen der 90er Jahre im Balkan. Kontakte u.a. über Reiner Braun, hr.braun@gmx.net, www.1914-2014.eu.

Sollte es eine bosnische Sektion der Liga geben, wäre dies vielleicht ein willkommener Anlass zur Beteiligung, auch auf Grund unserer historischen Arbeit – auch wenn wir wissen, dass Friedensarbeit in Langfristigkeit und Brückenbau eher besteht als in einem einmaligen internationalen Event.



Linkes Bild: Heidi Meinzolt nicht auf dem Weltsozialforum, aber auf dem Sicherheitsseminar der BAKS am 15. Mai 2013, wo sie als Referentin gemeinsam mit Dr. Ute Scheub über die UN-Resolution 1325 und ihre Folgeresolutionen informierte.

FRIEDENSFRAUEN. In der Rubrik „Friedensfrauen“ stellen wir in jedem Rundbrief eine Friedensfrau der IFFF vorstellen. Danke an die IFFF-Frauen Brigitte Schuchard und Anne Ley-Schalles für die Texte und Bilder. In dieser Ausgabe:

Lida Gustava Heymann, 15. März 1868 – 31. Juli 1943:



Lida Gustava Heymann stand während des Ersten Weltkrieges mit Anita Augspurg an der Spitze der deutschen Frauenfriedensbewegung. Sie war bereits seit 1896 – nach dem Tod ihres Vaters – politisch und sozial aktiv.

Lida wuchs in einer reichen Kaufmannsfamilie in Hamburg auf. Sie und ihre vier Schwestern durften selten das Haus verlassen und wurden privat unterrichtet. Den Lehrplan für die Privatlehrer entwarf der Vater. Lida galt als „schwieriges“ Kind, das gegen die Einschränkungen ihrer kindlichen Freiheit früh opponierte. Der ständigen Gängelei des Elternhauses entkam sie mit sechzehn, als sie für eineinhalb Jahre in einem internationalen Pensionat in Dresden untergebracht war: Hier traf sie mit Mädchen aus England, Amerika, Kanada und Australien zusammen. Und hier erlebte sie Theater, Oper und Galerien. Sie begann zu malen und lesen und begeisterte sich für ihre Selbstständigkeit.

Wieder zu Hause weigerte sie sich, wie ihre Schwestern auf Gesellschaften und Bälle zu gehen: „Eine solche Gesellschaft ist ja ekelhaft, der reine Heiratsmarkt ... Zu einem solchen Blödsinn gebe ich meine Zeit nicht her.“ Sie unterrichtete Kinder in einer Armenschule, sang mit den Kindern, spielte Klavier und las ihnen vor, um Musik und Literatur in deren Leben zu bringen. Sie beriet die Mütter der Kinder und unterstützte die Mädchen und Mütter.



Der Vater brachte ihr kaufmännisches Wissen bei und machte Lida zu seiner Geschäftspartnerin. Gemeinsam verwalteten sie Immobilien und Papiere im Wert von 6 Millionen Reichsmark. Als ihr Vater 1896 starb, vermachte er ihr eine großzügige Leibrente und verfügte in seinem Testament außerdem, dass sie zusammen mit zwei Partnern als Nachlassverwalterin einzusetzen sei. Das Hamburger Nachlassgericht aber wollte das Testament nicht anerkennen: Denn eine Frau als Nachlassverwalterin war rechtlich nicht vorgesehen! Lida Gustava Heymann aber erkämpfte sich ihr Recht mit dem Nachweis, dass im 13. Jahrhundert (!) schon einmal eine Frau in Hamburg eine solche Aufgabe übernommen hatte. Sie bekam recht und erlangte damit ihre finanzielle Unabhängigkeit, die Voraussetzung für ihr freies Leben. Heymann scheint ihr Amt mit Brillanz ausgefüllt zu haben. Nicht nur in ihrer Firma besetzte sie nun verschiedene Posten mit Frauen.

In der Hamburger Paulstraße, der heutigen Europapassage, kaufte sie ein Haus und richtete es für soziale Projekte ein, die sie ebenfalls finanzierte: einen Mittagstisch für Arbeiterinnen und deren Kinder, einen Hort, Bademöglichkeit, eine Bibliothek, ein Nähzimmer; aus der ebenfalls hier tätigen Beratungsstelle mit Büros verschiedener Frauenvereine entwickelte sich das erste Frauenberatungs- und Bildungszentrum Deutschlands. Durch ihr Engagement bekam Lida eine Vorstellung von Unterdrückung und Ausbeutung vieler Mädchen und Frauen. Sie trat vehement für die sexuelle Aufklärung und gegen die staatliche Reglementierung der Prostitution ein. In ihrem Zentrum veranstaltete sie Lesungen, Konzerte und Vorträge.

Heymann gehörte seit 1896 dem *Allgemeinen Deutschen Frauenverein* an, der sich vor allem für bessere Bildung von Mädchen und Frauen einsetzte. 1899 eröffnete Heymann in der Paulstraße eine private Handelsschule und 1901 ein Reformgymnasium für Mädchen und Jungen – und propagierte daneben eine Kleiderreform gegen Krinoline und Korsett.

Mit Anita Augspurg die sie 1896 auf einem Frauenkongress in Berlin kennengelernt hatte, arbeitete sie seit der Jahrhundertwende in verschiedenen radikalen Frauenbewegungen zusammen. Im Hamburger Frauenzentrum waren Heymann und Augspurg 1902 Mitgründerinnen der ersten deutschen *Frauenstimmrechtsbewegung*.

Wegen ihrer Überzeugung, dass Veränderungen nur durch wirtschaftliche und politische Umgestaltungen zu erreichen sind, überließ sie ihre sozialen Arbeiten ihren Mitarbeiterinnen und studierte Sozialwissenschaften an den Universitäten in Berlin und München. Privat zog sie 1907 mit ihrer Lebenspartnerin Anita Augspurg in ein Haus im Isartal bei München.

Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, arbeiteten beide an führender Stelle mit bei der Vorbereitung und Durchführung der ersten *Internationalen FrauenFriedensKonferenz* 1915 in Den Haag und setzten danach die politische Friedensarbeit im neu gegründeten *Internationalen Frauenausschuss für dauernden Frieden* fort. Lida G. Heymann wurde deshalb 1917 wegen „pazifistischer Umtriebe“ aus Bayern ausgewiesen, konnte aber bis zum Kriegsende in München untertauchen. Nach dem Kriegsende organisierten Heymann und Augspurg mit anderen Pazifistinnen auch die zweite internationale Frauen-Friedenskonferenz in Zürich, auf der die *Frauenausschüsse* in *Internationale Liga für Frieden und Freiheit* umbenannt wurden.

Im Januar 1919 begründete sie zusammen mit Anita Augspurg die pazifistisch-feministische Zeitschrift *DIE FRAU IM STAAT*, in der sie für Völkerverständigung und den Frieden warben und gegen den „geistlosen und militärisch-technisierten Männerstaat“ schrieben.

Lida G. Heymann war bei der Gründung der WILPF eine herausragende Persönlichkeit. Auf dem Kongress in Zürich wurde sie zur Vizepräsidentin gewählt (1919-1924) und von 1924 bis zu ihrem Tod 1943 blieb sie Ehren-Vizepräsidentin.

Beide Frauen engagierten sich nicht nur für die Politik, sondern vernachlässigten auch ihre privaten Lebensbereiche nicht. Sie interessierten sich für Kunst und Literatur, unternahmen Berg- und



Reittouren, bewirtschafteten jahrelang in den Sommermonaten ihren Bauernhof in Oberbayern; die Winter gehörten mehr der politischen Arbeit und dem Leben in der Stadt. Beide waren sehr reise-freudig und erwarben 1928 im Alter von 71 bzw. 60 Jahren den Führerschein.

Von ihrer Winterreise durch einige Mittelmeerländer vom 22. Januar bis April 1933 konnten Augspurg und Heymann nicht mehr in ihre Münchner Wohnung zurückkehren. Ihre Namen standen seit 1923 bei den Nationalsozialisten auf der Liste der zu liquidierenden Personen. Von ihrem Besitz blieben ihnen nur der Inhalt von vier Reisetaschen; aller anderer Besitz fiel der Konfiszierung durch die Nationalsozialisten: Hausrat, Mobiliar und Grundbesitz, Leibrente, Hypotheken und Bankdepots, Bibliothek und Kunstwerke. Der schmerzlichste Verlust, schreibt Heymann in ihren Memoiren, war der Verlust des gesamten Materials der Frauenbewegung und der umfangreichen Bibliothek mit Goetheausgaben von 1832 und 1932.

Obwohl sie im Züricher Exil den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erlebte, strahlen ihre in Zusammenarbeit mit Augspurg 1941 geschriebenen Memoiren *Erlebtes - Erschautes*¹ Optimismus aus. Beide hofften, dass vor allem Frauen eines Tages die humane Gesellschaft schaffen würden. Beide Frauen aber litten an ihrem Lebensende auch sehr unter ihrer erzwungenen Untätigkeit: „Sinn und Ziel unseres Lebens war: für Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit in voller Öffentlichkeit zu wirken. Die Basis war verloren! Häufig überkam uns die Empfindung, als hätten wir uns selbst überlebt, als wären wir lebend gestorben. ... Dieser Zustand wirkte sich von Jahr zu Jahr trostloser aus. Arbeits- und Beteiligungsmöglichkeiten wurden geringer; 1939 und 1940 fast aussichtslos. Das vegetierende Dämmerdasein und das Erleben des Niedergangs aller Menschenwürde waren das Härteste unserer Verbannung; es steigerte sich zur Unerträglichkeit.“²

Lida Gustava Heymann starb im Juli 1943, fünf Monate vor der zehn Jahre älteren Anita Augspurg, im Exil in Zürich – nach einer „durch nichts jemals getrübbten 40 jährigen beglückenden Freundschaft“ (Heymann).

In mehreren Städten, wie in Hamburg und München, sind Straßen nach dieser bedeutenden Frauenrechtlerin benannt. 1993 wurde am 50. Todestag von Anita Augspurg eine Gedenktafel für die beiden radikalen Pazifistinnen in Zürich enthüllt. Im Juli 2009 wurde Lida G. Heymann auch mit einer Gedenktafel in Hamburg (Europapassage) geehrt.

WILPF Meldung vom Januar 2013: Die Internationale Frauenliga (IFFF-WILPF) kritisiert die Verurteilung der Frauenrechtsaktivistin Pinar Selek durch ein türkisches Gericht:

Die Internationale Frauenliga (IFFF-WILPF) kritisiert die Verurteilung der Frauenrechtsaktivistin Pinar Selek durch ein türkisches Gericht. Die Soziologin und Autorin setzt sich unter anderem für die Rechte der kurdischen Bevölkerung und anderer Minderheiten in der Türkei ein. Pinar Selek wurde am 24. Januar vom Obersten Gerichtshof in Ankara zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe wegen vermeintlicher Unterstützung terroristischer Aktivitäten verurteilt. Als „Justizwillkür gegen türkische Oppositionelle“ bezeichnete die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des Europäischen Parlaments Barbara Lochbihler die Verurteilung in einer Pressemeldung vom gleichen Tag. Die IFFF fordert die Bundesregierung auf, sich aktiv für die Menschenrechtsverteidigerin und Friedenaktivistin Pinar Selek einzusetzen.

Einen Beitrag von Pinar Selek mit dem Titel „Gegen die Wand der Männlichkeit – Der Feminismus bietet eine Grundlage, um die Logik des Krieges in der Türkei zu überwinden“ in der WILPF-Publikation „Frau Macht Veränderung“ (2011) kann auf der WILPF Website abgerufen werden: http://www.wilpf.de/cms/upload/pdf/Frau_Macht_Vernderung_LZ2.pdf (ab Seite 66)

Schwarzbuch Waffenhandel - Buch und Lesungen: Das „Schwarzbuch Waffenhandel“ von Jürgen Grässlin ist seit dem 13. Mai erhältlich. Es enthält eine Vielzahl von Fakten über die Rüstungsunternehmen und ihre Waffengeschäfte. "Täterprofile"



Neuausgabe der Heymann-Memoiren durch Margrit Twellmann 1992 sind Heymann und *Erlebtes - Erschautes*, S. 317.



porträtieren nicht nur deren Vorstandsvorsitzende und Manager, sondern auch Politiker und Politikerinnen. Mit bundesweit 26 Schwarzbuch-Lesungen stößt das Buch auf enormes Interesse.
<http://aufschrei-waffenhandel.de/Graesslin-Schwarzbuch-Waffenh.473.0.html>

TAZ Leserbrief von der Jahresvollversammlung der WILPF in München 2013:

DIENSTAG, 12. MÄRZ 2013 TAZ.DIE TAGESZEITUNG 09

LESERINNENBRIEFE

taz. die tageszeitung | Rudi-Dutschke-Str. 23 | 10969 Berlin
briefe@taz.de | www.taz.de/Zeitung

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor.
Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

Akteurinnen für den Frieden

☞ betr.: „Die Unsichtbaren“, taz vom 8. 3. 13

Von der Jahresvollversammlung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (wilpf.de), die in München vom 8. bis 10. März 2013 stattfindet, nehmen wir Stellung zu Ihrem Beitrag anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2013: Die Vorstellung der unsichtbaren, marginalisierten Frauen finden wir zwar wichtig, wir hätten uns aber gleichzeitig gewünscht, dass Frauen nicht nur als Opfer, sondern auch als wichtige Akteurinnen für den Frieden, für die Gleichstellung, für die Freiheit präsentiert werden. Es gibt genügend gute Beispiele, im kleinen wie auch im großen. So sind unter den 1.000 Friedensfrauen ausreichend Frauen aus Deutschland. Wir verweisen auch auf die Trägerin des alternativen Friedensnobelpreises Monika Hauser von Medica Mondiale. **IRMGARD HOFER**, Vorsitzende der IFFF/WILPF, Neuburg



NEUE WILPF PUBLIKATION: THE HUMANITARIAN IMPACT OF NUCLEAR WEAPONS: UNSPEAKABLE SUFFERING – WOMEN
vom WILPF Projekt Reaching Critical Will:
<http://www.reachingcriticalwill.org/images/documents/Publications/Unspeakable/Unspeakable.pdf>

Terminhinweise

BERLIN

Internationales Seminar des Deutschen Frauenring e.V. (DFR) in Kooperation mit dem Gunda-Werner-Institut in der Europäischen Akademie Berlin (EAB): **The missing gender-link: Rechtliche Aufarbeitung und Versöhnungsprozesse nach Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen gegen Frauen**, 30. Juni – 02. Juli 2013 in Berlin. Die Liga ist natürlich vertreten. Das vollständige Programm und weitere Informationen können hier abgerufen werden: <http://event.boell-net.de/OrgClient/Downloads/12741.pdf>

BUNDESWEIT

Bundesweite Veranstaltungstermine der **Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel** unter:
<http://www.aufschrei-waffenhan->





del.de/Veranstaltungstermine.69.0.html.

atomwaffenfrei. jetzt Protestaktionen und weitere Termine von der Kampagne atom- waffenfrei.jetzt

Protestaktionen im August am Atomwaffenstandort Büchel: Am 11./12. August 2013 ist am Atomwaffenstandort Büchel eine 24 Std. Musikblockade sowie eine Mahnwache geplant. Um über die Planungen, Mobilisierung und weitere Aktionen zu informieren und vor allem zu diskutieren, laden wir alle Interessierten herzlich zu einem AktivistInnentreffen am 16. Juni in Koblenz ein. Wir werden die bisherigen Ideen für den Sommer vorstellen und uns mit Euch darüber austauschen, was jeder von uns zum Erfolg der Aktionen beitragen kann. Nur gemeinsam und kraftvoll werden wir das Verbot von Atomwaffen und den Abzug dieser Massenvernichtungswaffen schaffen. Ihr seid dazu herzlich eingeladen!



RADIO LORA auf 92,4

IFFF auf Radio Lora wieder am Montag, den 3. Juni 2013, 20 bis 21 Uhr. Ansonsten alle zwei Monate am ersten Montag, jeweils von 20 bis 21 Uhr: 05.08., 07.10.2013 etc. Zuhören geht auch über das Internet: www.lora924.de.

Anlage 1: The effects of the financial and economic crisis on women in Europe. WILPF IB meeting in Madrid, 22 to 24 February 2013

Vollständige Erklärung auch hier abrufbar: <http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/the-effects-of-the-financial-and-economic-crisis-on-women-in-europe.html>

WILPF alerts on the tragic consequences of the austerity policies of the European Union, particularly for women. By the pressure of financial markets, the policy in Europe is shaped by drastic reduction of public spending, privatisation, wage and pension cuts and the reduction of social security, sometimes also by tax increases that hit in particular the poor and vulnerable.

Women are affected by it in the first place: the unpaid work of women increases, the state withdraws from the social security. Thus also increase pressure and stress, dependency, violence, roll back in traditional roles and exclusion from access to resources. Instead of investing in poverty, civil conflict resolution and human rights, the promotion of prevention against HIV, abortion centres, family planning, pre-and post-natal health care and preventive health services are being reduced. The gap between rich and poor is growing. The austerity measures in the name of debts (that we call illegal), install a new way of domination, neglecting individual and collective needs and put Europe in a deep humanitarian crisis and chaos. It puts in danger democratic participation of women and the functioning of democracy as such.

This split in the society threatens social peace and cohesion. The result is growing violence within the societies and the rising of neo fascist movements attacking especially the most vulnerable part of the societies, besides women, ethnic minorities, migrants and refugees, also children, persons with disabilities, the elderly, people with HIV/Aids, and indigenous persons.

The EU stands not only for social sell-out, it is also directly involved in global conflicts over resources and strategic influence and created with FRONTEX a militant institution to exclude immigrants. Europe's armament industry and arms trade is one of the greatest destruction causes worldwide(But "you get what you pay for"). In a cynical way, a growing coordinated production of arms



is even given as a solution out of the economic crisis (citation Barroso/van Rompuy 1 week after the Peace Nobel Prize!)

WILPF supports the proposal for a European campaign from the movement “Women against austerity” under the title "Give priority to the people and the women instead of banks and creditors. We also support the multi-coloured campaign in Spain (green – schools, white - , red – blue-....) reflecting the whole range of problems created in the societies through the social cuts.

WILPF takes into account the Manifesto of the European Women’s Lobby on the effects of economic and financial crisis on women in Europe (see annex1) and will strongly cooperate with EWL on it.

WILPF is addressing the European States to respect protect and fulfil their human rights obligations regarding economic, social and cultural rights progressively, using their maximum available resources. This requires states to adopt and implement law and policies that aim to achieve incremental improvements in universal access to basic goods and services such as health care, education, housing, social security and cultural life.

WILPF is supporting Audits for public debt on all level of decision making to identify the illegitimate part of the debt to cancel and not pay.

WILPF is actively campaigning in shifting of budgets (you get what you pay for!!) – and Gender-budgeting.

We call on all sections to support the collection of signatures for the EPI (European popular initiative) against the privatisation of water: www.right2water.eu.

WILPF will invest in discussing discuss the following concrete topics with academic women – critical economists:

- Alternatives to the European fiscal pact
- Financial analyses: You get what you pay for – reduction of arms production and stop arms trade (from small weapons to nuclear and chemical weapons....) not only for crisis regions but worldwide
- Cooperation with the de-growth movement
- Decentralised instruments of food distribution, health care, local money
- Tax politics – Bank control

Annex 1 EWL:

In light of the above and many other considerations we call on the European Commission, the European Parliament and national governments to implement the following measures in order to rectify the impact of the crisis on women.

- Recovery plans and structural adjustment programmes have to integrate a gender perspective Systematic gender sensitive analysis of the impact of the crisis and prior to implementation, the responses thereof.
- Gender budgeting as a standard methodology of all public budget processes.
- Create jobs especially in the public sector and invest in social infrastructure (education, health, child and dependent persons care) which would also ease the disproportionate burden on women to enable them to participate in the labour market.
- Attribute higher value to jobs in the caring sector
- Commit to work around the deconstruction of the stereotyping of women in education, work, the family and society in general.



- Guarantee the individualisation of social security and taxation rights in order to break women's dependency on their partners and/or the state.
- Cooperate with EU-level trade unions to support/enforce gender equality.
- Close the gender pay gap by 2020.
- Implement measures to combat the on-going process of feminisation of poverty which has been exacerbated by the recession.
- Develop alternative accounting measures to ensure that women's unpaid care work is recognised in national accounts systems with the aim of ensuring that the redistribution of unpaid domestic work is equally shared with men.
- Implement all directives and policies developed on gender equality with an emphasis on outcomes.
- Adopt binding legislative measures, including at the EU level concerning the equal participation of women and men in private boards and in the political sector, promote parity in decision making in the economic and financial sector as well as private companies in order to ensure democracy and better governance, particularly financial governance.
- Set up a liaison network among EWL and civil society organisations to become involved in the G20 process and meetings in order to ensure that gender equality is duly taken into account.
- Take strong measures to combat all forms of violence against women including the financing of support services for women victims of violence and ratify the CoE Convention on the prevention and combating of violence against women and domestic violence.
- Strengthen the voices of women in Europe who call for an immediate reform of the global financial architecture to fully integrate gender equality and women's rights, and put an end to the constant search for unlimited growth and maximisation of profits.

Anlage 2: Wenn alle Frauen der Welt": Zweite Etappe der feministischen Solidaritätskampagne für das Recht auf Gesundheit

Die Austeritätspolitik ist weit davon entfernt die riesigen Probleme zu lösen, in die uns die wirtschaftliche und soziale Krise stürzt. Insbesondere ist davon die öffentliche Daseinsvorsorge für jede/n betroffen und ganz besonders werden die nationalen Gesundheitssysteme geschliffen mit dem Ergebnis, dass das universelle Recht auf Gesundheit nur mehr eine Farce ist. Gleichzeitig wird auch das, was von dem Recht auf Arbeit noch übrig ist, in Frage gestellt (die zahlreichen Kämpfe in verschiedenen Krankenhäusern zeigen dies ganz konkret).

Italien riskiert viel in dieser Richtung, auch weil als Antwort auf das Diktat der europäischen "Troika" ein ausgeglichener Haushalt in die Verfassung geschrieben wurde (was in Geld heißt ca. 45 Milliarden Euro pro Jahr zurückzuzahlen, um die aufgelaufenen Schulden abzubezahlen. Ein Dammoklesschwert, das uns ganz schön zittern lässt.

Die Resultate der Austeritätspolitik lassen sich gut studieren in Griechenland: innerhalb weniger Monate nach der Veröffentlichung des 1. Memorandums ist der öffentliche Gesundheitssektor für mehr als 1/3 der Bevölkerung nicht mehr zugänglich, denn sie müssen jeden Handgriff mit unerträglich großen Summen bezahlen..

Wenn man auf Griechenland aus dem Genderblickwinkel schaut, stellt man fest, dass am härtesten betroffenen die Frauen sind – weil sie ärmer sind und über weniger wirtschaftliche und soziale Garantien verfügen. Für ein Drittel von ihnen ist verrückter Weise die Geburt im Krankenhaus zum Luxus geworden, denn die Kosten explodieren (800 Euro für eine normale Geburt, 1200 für einen Kaiserschnitt) . Wenn dann eine Frau womöglich eine Frühgeburt hat, sind die Kosten für die Unterbringung des Neugeborenen im Inkubator irrsinnig (ca. 200€ am Tag!!)

Aus diesen Gründen hat die Gruppe "donne nella crisi", die sich auf dem Sozialforum in Florenz 10+10" gegründet hat, eine Solidaritätskampagne mit den griechischen Frauen ins Leben gerufen , die sich im Moment schon einmal darauf konzentriert Spenden zu sammeln für einen freiwilligen



medizinischen Dienst, der in einer besetzten Kaserne in Ellenico, einem Vorort von Athen, Hilfe leistet denjenigen die die öffentliche Unterstützung verloren haben und sich die private nicht leisten können.

Diese Kampagne hat zunächst die Solidarität im Auge, ist aber auch und vor allem politisch gemeint, denn wenn wir mehr über die Situation in Griechenland wissen, kann sich eine soziale Kraft entfalten, der die Universalität des Rechtes auf Gesundheit und die Bedeutung öffentlicher Gesundheitssysteme, um dieses Recht umzusetzen, wieder ins Bewusstsein bringt. In diesem Sinn wurden in Italien die Frauen, die in San Raffaele in Mailand arbeiten unterstützt.

In Zusammenarbeit und enger Abstimmung mit Sonia Mitralias und über sie Ellenico gab es verschiedene Treffen in Italien und die ersten Gelder wurden gesammelt. Wir haben ein Konto eröffnet, auf das wir weiterhin um Spenden bitten.

Das Ziel ist in und mit Ellenico einen Raum zu öffnen, der die Reproduktionsmedizin für die Frauen stärkt (Verhütung, Schwangerschaft, Geburt, Beratung). Man will die Ärztinnen und Ärzte treffen um mit ihnen die Umsetzung dieses Ziels zu prüfen und die Notwendigkeiten für die Versorgung zu klären.

Zur Durchführung schlagen wir vor, wenn einmal das Material zusammen gekommen ist, eine mobile Station einzurichten, die verschiedene Punkte anfährt, wo es bereits Initiativen gibt und dann das Material an Ellenico ausliefert. In den einzelnen Städten, die angefahren werden, gibt es Veranstaltungen, die die Solidarität mit den griechischen Frauen mit einem gesteigerten Bewusstsein für die auch problematische Gesundheitssituation in Italien verknüpfen.

Die Initiative wurde anderen Gruppierungen, Netzwerken, italienischen und europäischen Bewegungen vorgestellt. Sie ist in Kontakt mit anderen feministischen Kreisen in Europa und werden in diesem Kontext auf dem "Altersummit" in Athen vom 7.-9. Juni 2013 die Kampagne bekannter machen.

Die Bewegung trägt die Überzeugung, dass das Leben der Frauen durch die Austeritätspolitik und die damit verbundenen Maßnahmen schwieriger wird, dass dadurch Rechte beschnitten werden, Schutzmaßnahmen fehlen, soziale Netze nicht mehr tragen. Die Frauen stehen ganz objektiv im Mittelpunkt der Konflikte und sind dadurch vielleicht ansprechbarer für notwendige Veränderungen auch dank des Feminismus , der sie weniger geduldig und eher kämpferischer werden ließ.

Liste "Femmes dans la crise" May, 2013 www.donnenellacrisi.net
deutsche Fassung: Heidi Meinzolt, WILPF

WILPF Deutsche Sektion: www.wilpf.de
WILPF Internationales Büro: www.wilpfinternational.org
WILPF Projekt „Peace Women“: www.peacewomen.org
WILPF Projekt „Reaching Critical Will“: www.reachingcriticalwill.org